

**Anfrage** von Markus Werner (CVP, Dällikon)  
betreffend Messung von Schadstoffimmissionen  
der Firma Refonda in Niederglatt

---

In den vergangenen Tagen und Wochen war in den Medien vermehrt von den schädlichen Auswirkungen des Aluminiumschmelzwerkes Refonda in Niederglatt zu lesen. Diese öffentliche Diskussion wurde zweifellos durch die unlängst von Greenpeace-Mitgliedern in der Standortgemeinde Niederglatt durchgeführte Überraschungsaktion ausgelöst und vom kürzlich gegründeten Komitee "CleaNO" mit grossem Engagement weitergeführt.

Alle Meldungen und Diskussionsbeiträge weisen - ungeachtet von deren Urheber - eine Gemeinsamkeit auf: die Frage, ob die Schadstoffimmissionen des Aluschmelzwerkes eine erhebliche Gefahr für Mensch und Umwelt im Zürcher Unterland darstellen, konnte bisher niemand schlüssig beantworten. Es wird auch immer wieder darauf hingewiesen, dass zur Zeit kein Zahlenmaterial über die von der Refonda ausgestossenen Schadstoffe sowie die dadurch hervorgerufene Bodenbelastung vorliegen soll. Offenbar haben sich sowohl die Firmenleitung als auch die zuständigen kantonalen Stellen in den Mantel des Schweigens gehüllt. Gerade dieser Umstand hat wenig zur Lösung der Konfliktsituation beigetragen, sondern im Gegenteil in weiten Bevölkerungskreisen des Zürcher Unterlands und insbesondere bei den Bewohnern der umliegenden Gemeinden zu einer wachsenden Verunsicherung geführt.

In Anbetracht des grossen Informationsbedürfnisses der Bevölkerung im Zürcher Unterland erlaube ich mir deshalb in diesem Zusammenhang mit folgenden Fragen an Sie zu gelangen:

1. Haben die zuständigen kantonalen Amtsstellen die gesetzlich vorgesehenen Erhebungen im oben erwähnten Sinne bei der Firma Refonda lückenlos durchgeführt?
2. Besteht über den Schadstoffausstoss sowie über die Luft- und Bodenqualität im weiteren Umfeld des Refondabetriebes amtlich erhobenes Zahlenmaterial?
3. (Ganz ungeachtet der Beantwortung von Frage zwei): Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass in Fällen wie dem vorliegenden eine offene Informationspolitik - unter Wahrung der berechtigten unternehmerischen Interessen - angezeigt wäre?
4. Ist der Regierungsrat bereit, die Bevölkerung im Zürcher Unterland baldmöglichst mit einem klaren und umfassenden Bericht über die angesprochenen Fragen, insbesondere über jene betreffend Einhaltung der Grenzwerte (Umweltschutzgesetz, LuftreinhalteVO, VO Schadstoffe im Boden, GschG) zu informieren?

Markus Werner